

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin.

Berlin, den 1. Februar 1919.

VIII/S.

*See
in
Zirkulation*

Herr Bundesrat,

Am 19. Januar 1919 hat der Kriegsminister Reinhardt in einem Erlass an die Offiziere, Unteroffiziere und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres eine vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer vorgenommen.

In dem Erlasse wird dem Preussischen Kriegsministerium die Ausübung der Kommandogewalt übertragen. An dem System der Soldatenräte wird vorderhand noch festgehalten, jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Befehlen, die sich auf Truppenführung, Verwendung und Ausbildung beziehen, weg. Der Erlass enthält ferner Bestimmungen über Bekleidung im Friedensheere, welche den Wegfall aller Achselstücke und Tressen vorsehen. Ausser Dienst wird keine Waffe getragen. Im Dienst tragen alle gleichmässig das kurze Infanterie-Seitengewehr, Übergeschnallt am Koppel. Es soll keinen einseitigen Grusszwang mehr geben, sondern die Pflicht für Untergebene und Vorgesetzte, sich gegenseitig zu grüssen.

Diese Verordnung hat nun sowohl bei den Soldatenräten als auch bei Offizieren und Unteroffizieren helle Entrüstung hervorgerufen. Die Soldatenräte sehen darin die Ankündigung vom Ende ihrer Herrlichkeit; die Offiziere und Unteroffiziere, an deren

Herrn Bundesrat Calonder,

Chef des Schweizerischen Politischen Departementes,

B e r n.

BAR

44

Dodis



Entsagungsfähigkeit der Erlass weitgehende Anforderungen stellt, erblicken in ihm eine Desorganisation des Heeres.

Die Folge davon waren denn auch verschiedene Pro-testversammlungen der Soldatenräte und der Offiziersvereine. Diesbezüglich verweise ich auf die beigelegten Zeitungsausschnitte.

Der Gross-Berliner Soldatenrat verlangte in seiner gestrigen Versammlung die Einberufung eines Kongresses der ~~Arbeits~~ Soldatenräte, der über seine künftige Stellung entscheiden solle. Dieser Forderung hat der Zentralrat entsprochen. Laut einer in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten W.T.B. . Meldung teilt diesbezüglich der Zentralrat der Deutschen Republik mit:

Zur Besprechung des Gesetzentwurfes betreffend der Kommandogewalt findet Dienstag den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus eine Sitzung der Zentralräte aller Armeekorps statt. Jeder Zentralrat hat auf eigene Kosten zwei Delegierte zu entsenden.

Wie mir von sonst gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, will die Regierung an der Verordnung betreffend die Kommandogewalt festhalten. Dafür sei für sie bestimmend, dass der Volksbeauftragte Noske wie auch das Mitglied des Zentralrats Cohen-Reuss auf die Soldatenräte noch immer einen ausschlaggebenden Einfluss ausüben. Die Offiziere glaubt man unter Hinweis auf die Inopportunität eines jetzigen Vorgehens ihrerseits und unter Betonung des bloss provisorischen Charakters der Verordnung mit gewissen Versprechungen beschwichtigen zu können.

Soeben verlautet, dass Cohen-Reuss auf dem Soldatenkongress den Vorsitz führen wird und dass man mit einem ruhigen Verlauf der Tagung rechnet.

Hier wird behauptet, Marschall Foch hätte sich dahin geäußert, er glaube, bis im Monat März werde Frieden herrschen.

Hiesige politisch-diplomatische Kreise glauben jedoch, Foch spreche zu sehr nur als Militär und zu wenig als Politiker und daher mit Bezug auf den Zeitpunkt des Friedensschlusses zu optimistisch.

Ausserdem hörte ich hier behaupten, Marschall Foch ärgere sich darüber, dass der Krieg durch einen Waffenstillstand statt durch einen Sieg und Einmarsch in Deutschland beendet worden sei. Dadurch sei ihm der rechte Ruhm versagt worden. Dies sei ein Grund, warum er teilweise etwas zu schroff bei den Verhandlungen aufgetreten sei.

Nachträglich meinen hier manche Kreise, es wäre besser gewesen, Generalfeldmarschall von Hindenburg als Chef der deutschen Delegation zur Waffenstillstandskommission zu bezeichnen, Hindenburg wäre bei den Verhandlungen von Foch mehr respektiert worden als der Zivilist Erzberger.

Wie ich heute höre, soll der frühere Reichstagsabgeordnete Stresemann, Führer der deutschen Volkspartei, vor vierzehn Tagen in einer Wahlversammlung, in der er referierte, von Spartakisten derart verprügelt worden sein, dass er noch heute krank darniederliegt. - Auch ein Bild für die gegenwärtige Situation und Höhe der Kultur !

Professor Stein, der demnächst bei Ihnen in Bern vorsprechen wird, der häufig sehr gut orientiert ist, dessen Be-

hauptungen man jedoch immer mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen muss, erzählte mit heute, der Ullstein-Presse-Konzern (Vossische Zeitung, B. Z. am Mittag, Morgenpost etc) bemühe sich, eine Verständigung mit Frankreich auf wirtschaftlich-politischem Boden anzustreben. (Gegenseitige Aushilfe mit den wichtigsten Produkten Kali, Kohle, Erze etc)

Eine solche Verständigung sei namentlich auch gegen die heute nicht angängige Sozialisierung gerichtet. Statt die schädliche Sozialisierung der deutschen und der französischen grossen Betriebe erleiden zu müssen, scheine es zweckmässiger, sich freundschaftlich - insbesondere auch betreffend die linksrheinische Kohle - zu verständigen.

Hiezu habe ich beizufügen, dass Professor Stein sowohl mit dem in der Schweiz wohlbekannten Kohlenmagnaten Stinnes als auch mit dem Kohlenmagnaten Stumm befreundet ist, sodass es nicht ausgeschlossen erscheint, dass er von diesen spezielle Aufträge erhalten hat.

Als Gesamtresumee der gegenwärtigen Zustände in Deutschland ist zu melden, dass sich die Situation anscheinend beständig verschlechtert und ^{ver}schärft. Ueberhandnehmen spartakistisch-bolschewistischer Usancen und Gewalttaten, zunehmender Kohlen- und Lebensmittelmangel, wieder zunehmende Mutlosigkeit der bürgerlichen Kreise, dazu die immer näher rückende Gefahr des Einrückens bolschewistischer Streitkräfte in Deutschland, denen das schwer geprüfte Land anscheinend keine entsprechenden Truppen entgegenstellen könnte.

Eine Hauptgefahr dürfte in Bälde daraus entstehen, dass die Arbeiter- und Soldatenräte auch nach Zusammentritt der Nationalversammlung und nach Einsetzung oder Bestätigung einer richtigen Regierung durch die Nationalversammlung sich weigern dürf-

ten, von ihren verderblichen und schädlichen Funktionen zurückzutreten. X

Die Reichsregierung scheint allmählich den Spartakisten auch ausserhalb Berlins ernstlich zu Leibe rücken zu wollen. So soll der "Generalissimo" Noske Straf- resp. Entsetzungs- expeditionen nach Hamburg und Braunschweig schicken. Für Braunschweig soll eine Division Regierungstruppen bereitstehen.

Die für die Entsetzung Bremens bestimmte Division Gerstenberg ist vor der Stadt eingetroffen und hat die spartakistische Bremer Regierung sowie die dortigen Arbeiter- und Soldatenräte zur Uebergabe aufgefordert. Das ganze neunte Korps soll sich für die Bremer Regierung erklärt haben. Verschiedene Ortschaften um Bremen herum sind von den Kommunisten besetzt. Zur Zeit finden noch zwischen der Division Gerstenberg und der Bremerregierung Verhandlungen betreffend Entwaffnung der Arbeiter statt. Noske ist gewillt, falls eine friedliche Einigung nicht möglich, die Entwaffnung gewaltsam durchführen zu lassen.

Wie ich vernehme, verfolgt die Bremer Expedition in erster Linie den Zweck, Wilhelmshafen von den Spartaciden zu befreien, um die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe zu ermöglichen. Gleichzeitig soll angeblich eine Rückbeförderung amerikanischer Truppen zur Demobilmachung via Wilhelmshafen in Aussicht genommen sein (?)

X Für die Schweiz ist die Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte in Russland und Deutschland ein deutlicher Fingerzeig dafür, dass wir den ersten Bestrebungen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlicher Instanzen unter anderem

Namen von Anfang an mit äusserster Schärfe entgegnetreten müssen,
wenn unsere demokratischen Institutionen bestehen bleiben sollen.

Wie ich von politisch meist gut orientierter Seite
vernehme, soll die Rede, die Herr Bundespräsident Ador in Paris
gehalten hat, in Berlin sehr sympathisch berührt haben und als
sehr taktvoll und der Situation angemessen bezeichnet werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung
meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

J. Merier